



Gemeinsame Pressemitteilung von FDP, UWG und Bündnis 90 / Die Grünen

Vertreter der Kommunalaufsicht sollte bereits bei Beratung des Haushaltes sowie des Konsolidierungsprogramms der Stadt Butzbach im Haupt- und Finanzausschuss beteiligt werden !

Angesichts der immer dramatischer werdenden finanziellen Situation der Stadt Butzbach mit weiter fortschreitender Verschuldung muss umgehend ein solides Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt werden.

Der seitens des Magistrats vorgelegte Entwurf der Haushaltssatzung (Doppelhaushalt) für die Jahre 2010 und 2011 mit dem erschreckenden Defizit im Ergebnishaushalt von 8.769.630 Euro in 2010 und 7.583.407 Euro in 2011 sowie einem Höchstbetrag der Kassenkredite von 15.000.000 Euro in 2010 und 23.000.000 Euro in 2011 ist ohne deutliche Maßnahmen zur Reduzierung des Defizites in den Folgejahren sicherlich nicht genehmigungsfähig.

Lediglich mit einem guten Konsolidierungskonzept, in welchem der Sparwille deutlich erkennbar ist, hat die Haushaltssatzung der Stadt Butzbach Aussicht auf Erfolg, bzw. Aussicht auf Genehmigung durch die Kommunalaufsicht.

Bereits bei der Genehmigung der Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 wurde seitens der Kommunalaufsicht darauf hingewiesen, dass sich die haushaltswirtschaftliche Situation der Stadt Butzbach gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung nochmals verschlechtert hat.

Die Stadt Butzbach werde laut Kommunalaufsicht auch in den Folgejahren nicht in der Lage sein, ihren Ergebnishaushalt auszugleichen. Die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit müsse daher als äußerst gefährdet angesehen werden.

Angesichts der äußerst kritischen Haushaltsentwicklung sei es erforderlich, dass das Konsolidierungskonzept umgehend angepasst wird und die Konsolidierungsbemühungen deutlich ausgeweitet werden.

Die Stichhaltigkeit des vorzulegenden Konzeptes werde eine maßgebliche Entscheidungsgrundlage für die aufsichtsbehördliche Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit künftiger Kreditaufnahmen darstellen.

Vorsorglich wird seitens der Kommunalaufsicht noch darauf hingewiesen, dass bei der Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzung 2010 ein strenger Maßstab angelegt werde und für den Fall einer Missachtung der Auflagen und Konsolidierungsvorgaben die Kommunalaufsicht sich vorbehalten, den Haushaltsplan zur Überarbeitung zurückzugeben bzw. die Genehmigung zu versagen.

Aus Sicht von UWG, FDP und Grünen muss ein Versagen der Haushaltsgenehmigung unbedingt vermieden werden.

Würde dies geschehen, stünde die Stadt Butzbach infolge eines ungenehmigten Haushaltes längere Zeit unter einer vorläufigen Haushaltsführung, dürfte keinerlei Investitionen tätigen, sondern lediglich die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtausgaben bestreiten.

Sollte dies länger andauern und sich die Stadtverordneten nicht zusammenraufen, um einen genehmigten Haushalt zu bekommen, könnte am Ende sogar ein Staatskommissar, der sämtliche Entscheidungen trifft, ins Butzbacher Rathaus gesetzt werden.

Damit dieser Fall nicht eintritt, sondern die Stadt Butzbach einen genehmigungsfähigen Haushalt mit einem soliden Konsolidierungskonzept vorlegen kann, fordern Vorstand und Fraktion von UWG, FDP und Bündnis 90 / die Grünen Herrn Bürgermeister Merle und Herrn Stadtverordnetenvorsteher Kartmann auf, im Benehmen mit den stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses bereits zu den am 19. April 2010 vorgesehenen Beratungen im Ausschuss einen Vertreter der Kommunalaufsicht einzuladen.

Mit dieser Maßnahme haben bereits andere Kommunen gute Erfahrungen gemacht.

Die Stadt Laubach (Landkreis Gießen) hatte angesichts eines nicht genehmigten Etats ebenfalls einen Vertreter der Kommunalaufsicht zu den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss eingeladen, der den Mandatsträgern die Richtlinien eines genehmigungsfähigen Haushaltes erklärte.

Er verwies darauf, dass Gemeinden mit einem guten Konsolidierungskonzept, in welchem der Sparwille deutlich erkennbar sei, auch einen genehmigten Haushalt hätten.

Mit der Erkenntnis, dass die Kommunen nicht für die Kommunalaufsicht sparen, sondern für ihre Gemeinde sowie Kinder und Enkelkinder, haben die Laubacher Ausschussmitglieder dann einstimmig eine Überarbeitung nach den Vorgaben der Kommunalaufsicht beschlossen. (Giessener Anzeiger vom 11.03.2010)

Thomas Gerum
Vorsitzender UWG

Norbert Gonter
Vorsitzender FDP

Jutta Schneider
Vorsitzende
Bündnis 90 Die Grünen

Gudrun Reineck
Fraktionsvorsitzende

Martin Holzfuß
Fraktionsvorsitzender

Rüdiger Maas
Fraktionsvorsitzender